**VPOD Biel**

**Jahresbericht und Rechnungen pro 1932**

Werte Verbandskollegen!

Ungeheuer schwer lastet die Krise auf der Bieler Arbeiterschaft. Die Privatarbeiterschaft, soweit sie überhaupt noch beschäftigt ist, hat schon wesentliche Lohnkürzungen auf sich nehmen müssen, während das öffentliche Personal beständig das Gespenst des Lohnabbaus über sich fühlt. Lohnkämpfe der privaten Gewerkschaften sind in Zeiten von grosser Arbeitslosigkeit mit wenig Aussicht auf Erfolg durchzuführen, auch wenn es sich nur um die Verteidigung der bisherigen Positionen handelt. Das unter normalen Verhältnisse erfolgreichste Kampfmittel, der Streik, ist heute nicht anwendbar, weil die industrielle Reserve-Armee - die Arbeitslosen - gewaltige Zahlen aufweist. Der Unternehmer ist sich seiner Stärke bewusst. Rücksichtslose stellt er sich auf den Herr-im-Haus-Standpunkt und duldet keine Intervention seitens der freien Gewerkschaft. Er diktiert die Bedingungen, unter denen der Arbeiter bei ihm Arbeit nehmen kann. Die Reaktion triumphiert auf breiter Front. Und begünstigt durch die wirtschaftlichen Verhältnisse macht sie alte Errungenschaften zunichte. An dem, was sich in der Privatindustrie abspielt, dürfen wir als öffentliches Personal nicht achtlos vorübergehen. Mehr als bisher muss jeder Einzelnen die wirtschaftlichen und politischen Zusammenhänge zu verstehen suchen. Welche ist heute eine wirtschaftliche und welche eine politische Frage?

Am nächsten 28. Mai wird auf schweizerischem Gebiet ein Grosskampf ausgefochten. Das Volk hat über den Lohnabbau des Bundespersonals zu entscheiden. An diesem Kampf sind wir in gleicher Weise interessiert wie das Bundespersonal selbst. An diesem Tage entscheidet sich auch die Frage, ob dem Gemeinde- und Staatspersonal die Löhne gekürzt werden sollen. Schon heute müssen wir deshalb Vorbereitungen treffen. Eine allgemeine Propaganda in Wort und Schrift muss organisiert und versucht werden, speziell die Privatarbeiter- und -Angestelltenschaft von der Notwenigkeit der Ablehnung des Lohnabbaus zu überzeugen. Dieser Kampf entscheidet letzten Endes auch die Frage, ob neben der Lohnkürzung das Mitsprache- und Mitbestimmungsrecht des Personals fallen soll. Auf lokalem Gebiet wird die sozialdemokratische Mehrheit unsere Löhne und Rechte solange schützen, als sie nicht durch die Kapitalgeber gezwungen wird, auf Kosten der Personals weitgehende Sanierungsmassnahmen durchzuführen.

In 16 Vorstandsitzungen, 2 Konferenzen und 5 Sektionsversammlungen wurden im Berichtsjahr die Sektionsgeschäfte besprochen und erledigt. Es sei hier auf die wichtigsten Begebenheiten verwiesen.

In der Erkenntnis der Tatsache, dass der Privatarbeiterschaft, insbesondere den ausgesteuerten Arbeitslosen, nach Kräften geholfen werden muss, hat die Sektionsversammlung vom 13. April beschlossen, der Arbeiterunion Biel zwecks Verteilung an die ausgesteuerten Gewerkschafter 1% des Bruttolohnes zu überweisen und zwar mit Wirkung ab 1. Mai 1932. Der Abzug geschieht durch die Stadtkasse. Per 31. Dezember 1932 betrug die überwiesene Summe Fr. 7‘000.-. die Verteilung wird vom Sekretär der Arbeiterunion Biel besorgt. An ihr partizipieren die einzelnen Gewerkschaften wie folgt:

Bau.- und Holzarbeiter mit 61%

Metall- und Uhrenarbeiter mit 24%

VHTL mit 11%

VPOD mit 3%

Buchbinder und andere mit ½ %.

Eine weitere finanzielle Belastung erfolgte infolge Erhöhung des Abzuges von 1% mehr zu Gunsten der Hinterbliebenenversicherung. Heute bezahlt das Personal in die Pensionskasse 6% und die Gemeinde mit Berücksichtigung des ausserordentlichen jährlichen Zuschusses von Fr. 25‘000.- 7%.

Auf Rechnung des beschlossenen Anteilscheinkapitals zu Gunsten des neuen Volkshauses hat die Sektionskasse die erste Rate mit Fr. 1‘500.- geleistet.

Gestützt auf die schlechten Betriebsergebnisse der städtischen Strassenbahn sah sich der Gemeinderat veranlasst, bei diesem Betrieb weitgehende Sanierungsmassnahmen durchzuführen. An solchen Fragen sind selbstverständlich die Gesamtsektion und auch der Verband interessiert. Der gemeinderätliche Vertreter gab die Vorschläge der Behörde bekannt, welche die teilweise Einführung des Einmann-Systems vorsahen. Dadurch würde Fahrpersonal frei, das auf dem Wege der Pensionierung den Betrieb entlasten sollte. Vorerst wehrte sich das Personal grundsätzlich gegen die Einführung des Einmann-Systems und unterbreitete der Behörde Vorschläge, die eine Ausgabenreduktion von Fr. 30‘000.- vorsahen. Wir beantragten die Pensionierung älterer Kollegen, des Depotchefs und des Direktors für den Teil der Besoldung, den er bei der Strassenbahn bezieht.. Nach längeren, teilweise heftigen Auseinandersetzungen und unter Zustimmung der Verbandsleitung stimmten wir schliesslich der einmännigen Wagenführung auf den Aussenstrecken und zu gewissen Tageszeiten zu unter der ausdrücklichen Zusicherung seitens der Behörde, dass es sich um eine ausserordentliche, vorübergehende Massnahme handle, die aufgehoben werde, sobald die allgemeine wirtschaftliche Lage sich gebessert habe. Das weitere Versprechen des Gemeindevertreters, auch im Betriebsbureau einschränkende Massnahmen zu treffen, wurde bis heute nicht eingelöst. Wir haben den bestimmten Eindruck, dass auch dort gespart werden kann und hoffen, die heute in Personalkreisen bestehende Meinung bald widerlegen zu können, dass nur auf Kosten des unteren Personals saniert werde. Das Personal hat in dieser Frage neuerdings bewiesen, dass es nicht ausschliesslich seine Interessen wahrt, sondern immer bereit ist, die Interessen auch des Betriebes wahrzunehmen. Mit der Frage der Einführung des Einmann-Systems hat sich auch eine sozialdemokratische Parteiversammlung befasst. Die Versammlung gab der Meinung Ausdruck, das ein besseres Zusammenarbeiten zwischen Gewerkschaft und sozialdemokratischen Gemeindebehörden Platz greifen müsse. Es sei vor allem Pflicht der sozialdemokratischen Gemeinderatsfraktion, vor Fassung wichtiger Beschlüsse in Personalfragen die Gewerkschaft zu begrüssen.

Der Sektionsvorstand befasste sich wiederholt mit dem Sektionsmitglied Blaser, der als Hilfskontrolleur bei der Strassenbahn tätig ist. Vor seiner Beförderung zum Hilfskontrolleur war er den Kollegen vom Fahrdienst ein gutverträglicher Arbeitskamerad. Der gelbe Bändel, brachte Blaser vollends aus dem Häuschen. Heute ist die Erbitterung über Blaser derart, dass die Gewerkschaft beim Gemeinderat Schritte unternehmen musste. Kein Zureden half. Die Art und Weise, wie Blaser den Kontrolldienst ausübt, empört nicht nur das Personal, sondern auch die Fahrgäste. Der „Diensteifer“ Blasers geht soweit, dass er in seiner Freizeit die Dienstleistungen des Personals bespitzelt. Mit Recht verbittet sich das Personal derartige Vorgesetzte. Das Resultat der gewerkschaftlichen Intervention bleibt abzuwarten.

Begrüssenswert ist die endliche Schaffung von Vorschriften für die provisorischen und aushilfsweisen Arbeiter und Angestellten. Der bisherige unsichere Zustand gab oft Anlass zu Interventionen.

Die Gruppe Gaswerk hat in Verbindung mit der sozialdemokratischen Fraktion der Gas- und Wasser-Kommission verschiedene Fragen behandelt. Nach vollendetem Umbau werden Kollegen arbeitslose. Es handelt sich darum, diese eventuell in anderen Betrieben unterzubringen. Beim Direktor des Gaswerks besteht die Tendenz, den Koksverkauf einzuschränken, indem er nur noch die Händler beliefert. Partei und Gewerkschaft sind auch an dieser Frage interessiert. Ein Abbau der Regiebetriebe wird bei uns nicht Anklang finden.

Die Angelegenheit Herr Im Turm im Gaswerk bewegt die Gemüter aller Beteiligten. Schon bei der Schaffung der Stelle eines Installationschefs war man nicht einig. Der Mann, der als Sieger aus der Wahl hervorging, war nicht Sieger auf seinem Arbeitsgebiet. Seine mangelhaften Kenntnisse auf dem Gebiet der Installation veranlassten das Personal, bei den Behörden vorstellig zu werden und auf die Schäden, die als Folge von unrichtigen Anordnungen entstanden, aufmerksam zu machen. Die Untersuchung förderte eine ganze Anzahl Beweise zutage für die ungenügenden Berufskenntnissen des Herrn Im Thurm. Der zur Untersuchung beigezogene Fachexperte gab seiner Verwunderung darüber Ausdruck, dass ein Mann, der vorgab, beruflich grosse Erfahrungen zu besitzen, und vom Direktor geradezu als Genie bezeichnet wurde, Anordnungen treffen konnte, die jeder Vorschrift widersprachen. Das Ergebnis der Beratung des Gemeinderates bleibt abzuwarten.

Ein Ausschlussbegehren der Gruppe Bauamt beschäftigte eine Vorständekonferenz. Letztere fand, die von der Gruppe festgestellte gewerkschaftsschädigenden Tätigkeit des betreffenden Mitgliedes sei nicht derart, dass ein Ausschlussbegehren bei der Sektion und beim Verband Zustimmung finden würde.

Von gewerkschaftsgeschichtlicher Bedeutung auch für unsere Sektion ist die Erstellung des neuen Volkshauses und der Umzug vom alten in das neue Heim. Im alten, primitiven Lokal, das kaum Anspruch auf die Bezeichnung Bureau erheben konnte, ist unsere Sektion gross und stark geworden. Vor dem Umzug beschloss der Vorstand die Anschaffung einiger Mobiliarstücke, die das neue, räumlich nicht grössere aber bedeutend freundlichere Bureaulokal im neuen Volkshaus, möblieren sollen. Der Umzug erfolgte Ende Oktober 1932. Heute teilen wir das Bureau mit der Gewerkschaft VHTL, die den entsprechenden Teil der Bureaumiete übernimmt.

Aus dem Vorstand schied im Laufe des Berichtsjahreas Kollege Werner Chappaz aus, der langjährige Sektionskassier. Seiner Krankheit wegen war er nicht mehr imstande, die immer einen grösseren Umfang annehmende Kassiererarbeit zu bewältigen. Seine Arbeit sei auch hier anerkennend erwähnt.

Die Mitgliederbewegung der Sektion weist folgende Veränderungen auf:

Bestand am Anfang des Berichtsjahres 391

Abgang (Todesfälle) 2

Zuwachs (Eintritte) 33

Bestand auf 31. Dezember 1932 422.

Totentafel:

Bei den zwei Verstobenen handelt es sich um die Kollegen Bendicht Stämpfli, verstorben am 2. März 1932 und Alphonse Campioli, verstorben am 15,. Mai 1932. Sie gehörten der Gruppe Bauamt an. Ihrer sei hier ehrend gedacht.

Biel, im März 1933.

Der Berichterstatter; Rudolf Rindlisbacher.